

Workshop Zusammenarbeit Politik - Verwaltung

am 24.11.2016 in Haan

- Ergebnisprotokoll -

<p>Kommunikationskultur – Umgang miteinander:</p> <ul style="list-style-type: none">- Grundhaltung für die wechselseitigen Kommunikation: Wertschätzung – Akzeptanz – Respekt- Kommunikation auf Augenhöhe – den Gesprächspartner ernstnehmen- Zuhören – ausreden lassen- miteinander, nicht übereinander sprechen- sachlich bleiben – nicht persönlich werden- Kritik und Probleme sachbezogen und lösungsorientiert ansprechen, ohne persönliche Schuldvorwürfe; Feedback-Regeln einhalten: Wahrnehmung – Wirkung – Wunsch- Nicht abwerten (durch z.B. unterbrechen, auslachen, tuscheln, Augen verdrehen, spötteln, bloßstellen u.a.)
<p>Politische Diskussionskultur:</p> <ul style="list-style-type: none">- Die engagierte Darstellung der eigenen Position ist wichtiger Bestandteil der politischen Kultur, dennoch sollte(n) im Sinne einer zwar inhaltlich kontroversen aber zugleich fairen und ergebnisorientierten Diskussion:- die Diskussion sich stärker auf Inhalte als auf Sitzungsformalitäten konzentrieren- persönliche Darstellungsbedürfnisse Grenzen haben- Grabenkämpfe nicht öffentlich ausgetragen werden- Wiederholungen schon dargestellter Meinungen und Positionen reduziert werden
<p>Fehlerkultur/Verwaltung als ‘Sündenbock’:</p> <ul style="list-style-type: none">- In jedem Betrieb und damit auch in der Verwaltung werden Fehler gemacht; für viele tatsächliche oder vermeintliche Fehler gibt es häufig nicht die/den ‘Schuldige/n’, sondern es liegen komplexe Ursachen- und Wirkungszusammenhänge und auch knappe personelle Kapazitäten zugrunde. Bei Kritik an der Verwaltung sollte(n):- die Verwaltung nicht als ‘Sündenbock’ benutzt werden, um sich öffentlich zu profilieren- die Mitarbeiter/innen nicht persönlich angegriffen werden- die Wirkung der Kritik auch auf die Motivation und Stimmung der Mitarbeiter/innen im Blick sein- auch die Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit der Verwaltung ausgedrückt werden
<p>Detaillierungsgrad:</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Aufmerksamkeit der Politik soll sich stärker auf die strategische Ausrichtung der Entwicklung der Stadt und Stadtverwaltung und auf inhaltlich wichtige Themen konzentrieren; die Verantwortung für die operative Umsetzung und die operative Alltagsarbeit liegt bei der Verwaltung.
<p>Entscheidungen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Entscheidungen in Ausschüssen sollen zeitnah getroffen und nicht immer wieder verschoben werden- Die Fachausschüsse sollen in ihrer Entscheidungsbereitschaft gestärkt werden, auch bei Unsicherheit der Positionen und Mehrheiten in den Fraktionen; zu diesem Zweck soll der HFA bzw. der Rat ein Rückholrecht zu Beschlüssen der Fachausschüsse erhalten, das innerhalb einer bestimmten Zeit ausgeübt werden muss (<i>nachträgliche Anmerkung der Verwaltung: § 57 Abs. 4 GO NRW regelt bereits, dass „Beschlüsse von Ausschüssen mit Entscheidungsbefugnis erst durchgeführt werden, wenn innerhalb einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Frist weder vom Bürgermeister noch von einem Fünftel der Ausschussmitglieder Einspruch eingelegt worden ist. Über den Einspruch entscheidet der Rat....“ Gem.§ 16 Abs. 12 GO der Stadt Haan beträgt diese Frist zurzeit 5 Kalendertage nach Beschlussfassung.</i>)- Loyalität: Getroffene Entscheidungen sollen von den Fraktionen und Personen, die diese Entscheidungen getroffen haben, in der Öffentlichkeit auch dann vertreten werden, wenn der öffentliche Protest losbricht
<p>Interfraktionelle Abstimmung/Ältestenrat:</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Runde der Fraktionsvorsitzenden zur interfraktionellen Koordination vor den HFA- und Ratssitzungen bleibt in der derzeitigen Form bestehen

<p>- Zusätzlich soll in gleicher Zusammensetzung ein 'Ältestenrat' etabliert werden, der (als Jour-Fixe?) ca. 6 x p.a. der Diskussion wichtiger und längerfristig angelegter kommunalpolitischer Themen dient. Die Federführung hat liegt bei der Politik.</p>
<p>Interfraktionelle Abstimmung der Fachausschüsse:</p> <p>- Die Ausschussvorsitzenden sollen verstärkt vor einzelnen Ausschusssitzungen (nach Bedarf, nicht regelmäßig) eine interfraktionelle Abstimmungsrunde einberufen, um sich bezüglich gemeinsamer Anfragen, Informationsaustausch, wichtigen anstehenden Themen u.a. auszutauschen und abzustimmen und damit für alle Beteiligten Aufwand zu reduzieren. Die Federführung liegt bei der Politik, nicht bei der Verwaltung</p>
<p>Ergebnisorientierte Moderation:</p> <p>- Alle Ausschussvorsitzenden und weitere Sitzungsleiter/innen sollen im Sinne eines ergebnisorientierten und zeiteffizienten Sitzungsablaufs für eine straffere Sitzungsleitung sorgen, z.B. durch die Rangfolge der TO entsprechend Wichtigkeit, Zeitfenster für die einzelnen TOP's, freundliche Hinweise auf kurze Statements, Intervention bei Wiederholungen u.a., falls erforderlich auch Regeln zur Redezeitbegrenzung</p>
<p>Anträge:</p> <p>- Die Fristen für die Einreichung von Anträgen müssen eingehalten werden</p> <p>- Anträge werden wie bisher auch auf rechtliche und fachliche Zulässigkeit geprüft</p> <p>- Im Ausschuss kann mit Antragstellung ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werden, so dass die Verwaltung bis zum nächsten Ausschuss eine Vorlage erstellt. <i>(nachträgliche Anmerkung der Verwaltung: Dies lässt sich nur mit – einer rechtlich zulässigen – Änderung der GO umsetzen. Derzeit sieht § 1 Abs. 4 GO für den Regelfall das Gegenteil vor.)</i></p>
<p>Vorlagen:</p> <p>- Die Abgabefrist für Verwaltungsvorlagen ist verbindlich einzuhalten; ansonsten werden sie in den Ausschüssen nicht beraten und entschieden; Dringlichkeitsbeschlüsse können (in Ausnahmefällen) gefasst werden.</p>
<p>Anfragen:</p> <p>- Die Notwendigkeit und der Umfang schriftlicher und mündlicher Anfragen sollte im Interesse der Aufwandsreduktion kritisch hinterfragt werden.</p> <p>- Schriftliche Anfragen sind an die jeweiligen Fachdezernenten zu stellen und sollen in Kopie auch an die Bürgermeisterin und Herrn Jonke gesendet werden</p>
<p>Geschäftsordnung:</p> <p>- Die Geschäftsordnung soll entsprechend den o.g. Themen weiterentwickelt und angepasst werden</p>
<p>Projektmanagement:</p> <p>- Komplexe fachübergreifende Vorhaben sollen innerhalb der Verwaltung verstärkt im Rahmen konsequenter Projektarbeit erfolgen</p>
<p>Akustik Ratssaal:</p> <p>- Die Verwaltung soll einen Vorschlag erarbeiten, wie durch geeignete technische Maßnahmen (z.B. Lautsprecheranlage) die Akustik im Ratssaal verbessert werden kann</p>
<p>Feedback/Evaluation:</p> <p>- Die erarbeiteten Impulse zur Optimierung von Kommunikation und Zusammenarbeit sollten in einem weiteren gemeinsamen Dialog spätestens nach einem Jahr evaluiert und fortgeschrieben werden</p>